

KURZ UND PRÄGNANT

Gespräch mit Waldbesitzerverband

Nach einem Gespräch am 13. November mit Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, hat Uwe Szpöt, Vorstand Waldbesitzerverband für Thüringen e.V., folgende Presseinformation dazu herausgegeben:

Der Waldbesitzerverband für Thüringen e.V. hatte zu den laufenden Koalitionsverhandlungen eine Stellungnahme an die Verhandlungsführer/Fraktionsvorsitzenden der verhandelnden Parteien versandt und darin die eigene Position dargestellt und Bedenken zu einigen geplanten Maßnahmen geäußert. Kurzfristig konnte ein Gesprächstermin vereinbart werden, den für den Waldbesitzerverband das Mitglied des Präsidiums Uwe Szpöt wahrnahm.

In dem Gespräch zeigte sich Herr Ramelow sehr offen für einen direkten Dialog. Bis ins Detail in-



formiert über bestehende und zukünftige Probleme warb er für pragmatische Lösungsansätze. Auf die Sorgen der Waldbesitzer bzgl. der Enteignung privater Grundstücke zugunsten des Naturschutzes antwortete er: „Ich sehe dafür keinerlei Notwendigkeit. Das einzige Grundstück, das in Thüringen enteignet gehört, ist das Schloss Reinhardsbrunn.“

Weitere Themenfelder waren die Möglichkeit für Windkraft im Wald und die Mobilisierung derzeit nicht bewirtschafteter, privater Waldflächen. Hier bestand Einigkeit, dass dies Maßnahmen sind, die der Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe dienen. Herr Ramelow stellte nochmals klar, dass er „Thüringenforst“ als Anstalt öffentlichen Rechts mit den dazugehörigen Strukturen als Betrieb ansieht, der auch Gewinne abwerfen muss und er hier keinen Bedarf für Veränderungen sieht. „Wald ist für Herrn Ramelow Chefsache, so mein Eindruck“, berichtete Uwe Szpöt. Dem Wunsch von Herrn Ramelow, die Gespräche fortzuführen, wird der Verband gern nachkommen.

Presseinformation von Uwe Szpöt, Vorstand Waldbesitzerverband für Thüringen e.V. ■

Gegen sogenannte SGB II-Vereinfachungen

„Erwerbslosenarbeit gut gemacht“ war der Titel einer Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V. (KOPOFOR) gemeinsam mit dem Bündnis SozialTransFair Weimar und der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag am 8. November im Kulturzentrum mon ami in Weimar.

Den Hauptteil der Weimarer Veranstaltung mit Seminarcharakter bestritt der Sozialreferent Harald Thomé (Tacheles e.V., Wuppertal). Seine Themen waren das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung und daraus abgeleitete Handlungslinien im kommunalen Bereich, die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vereinfachung des passiven Leistungsrechts

im SGB II sowie die Kosten der Unterkunft. Anlässlich dieser Veranstaltung haben sich Betroffene und Initiativen zu gemeinsamen Aktionen gegen die drohenden Verschärfungen bei Hartz IV im Rahmen der so genannten „SGB II-Rechtsvereinfachungen“ verständigt. Dazu hatte Ina Leukefeld, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt: „Es ist wichtig, dass die Betroffenen mit ihren Vereinen und Verbänden zusammenstehen und diesem neuen Vorstoß der Rechtsverschärfung entgegenreten. Meine Soli-



darität gilt dem Anliegen und den dezentralen Aktionen, die im Rahmen eines neuen Netzwerkes verabredet wurden.“ Hintergrund der geplanten Aktionen sind die Ergebnisse einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter dem Titel „Rechtsvereinfachungen im SGB II“. Dort steht einigen wenigen positiven Veränderungen zugleich eine lange Liste teils drastischer Rechtsverschärfungen gegenüber.

„Die Verlängerung des Regelbewilligungszeitraums, die Abschaffung des Sanktionssonderrechts für unter 25-Jährige und einige andere gute Details dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die geplanten Veränderungen das Sanktionsregime und Sonderrecht im SGB II zementieren. Der Vorschlag, zukünftig 50 Euro bis 100 Euro pro vermeintlichem Vergehen zu kürzen, gefährdet in vielen Fällen bewusst das Existenzminimum, wie auch das zuständige Bundesministerium einräumt. Aus meiner Sicht ist dies nur eines von vielen Beispielen im geplanten Rechtsverschärfungsgesetz, wo die Menschenwürde zur Disposition steht“, kritisierte die Landtagsabgeordnete. ■

Verzahlt mit organisierter Kriminalität

Anlässlich der Anklageerhebung gegen Tino Brandt u. a. wegen Förderung der Prostitution verwies MdL Katharina König auf vielfältige Verwicklungen zwischen der Thüringer Neonazi-Szene und der organisierten Kriminalität. So gebe es gegen Brandt und auch den ebenfalls bekannten Nazi Thomas Diebel Ermittlungen wegen des Verdachts des organisierten Versicherungsbetruges. Auch das Thema Prostitution spiele bei Nazikadern immer wieder eine Rolle. Erst im Mai seien mehrere ehemalige Kader des neonazistischen Thüringer Heimatschutzes, dem Brandt vorstand, wegen eines Überfalls auf einen Geldtransporter 1999 in Pöbneck verurteilt worden. Das Geld aus dem Überfall soll in ein Bordell in Rudolstadt geflossen sein, das durch die Neonazis betrieben wurde. „Die Vielzahl der Fälle offenbart eine anscheinend enge Verzahnung zwischen organisierten Kriminellen und Neonazi-Strukturen, die anscheinend bis in die 90er Jahre zurückreicht“, sagte die LINKE-Abgeordnete.

Neben der konsequenten Strafverfolgung scheine daher eine politische Aufarbeitung und Beleuchtung dieser Zusammenhänge auch im Hinblick auf die Netzwerke des NSU unerlässlich. „Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass sich der neue Untersuchungsausschuss zum NSU auch mit der Frage der Verstrickungen von Neonazi-Szene und organisierter Kriminalität auseinandersetzen wird“, kündigte Katharina König an. ■

Kinderweihnachtsfeier auch 2014

Auch in diesem Jahr wird es in Arnstadt eine Weihnachtsfeier für Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Flüchtlingsfamilien geben, so informierte der Arnstädter LINKE Landtagsabgeordnete Frank Kuschel.

In den vergangenen Jahren hatte der Arnstädter Tafelverein e.V. diese Kinderweihnachtsfeier ausgerichtet. Doch der Verein ist an seinen organisatorischen und finanziellen Grenzen angekommen. Mindestens 150 Kinder bis 12 Jahre, deren Eltern Leistungen der Tafel in Anspruch nehmen müssen, gibt es. Die Anzahl der Kinder hat sich in den vergangenen beiden Jahren nahezu verdoppelt. Für so viele Kinder hat die Tafel auch keine eigenen Räumlichkeiten mehr.

Deshalb hat sich der Verein mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit gewandt. Und die Resonanz ist erfreulich.

Auch die Stadtratsfraktion der Arnstädter LINKEN und der Landtagsabgeordnete der LINKEN Frank Kuschel haben auf den Hilferuf reagiert und Unterstützung zugesagt. Am 10. November besuchte Frank Kuschel den Tafelverein und verständigte sich über konkrete Unterstützungsmaßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Kinderweihnachtsfeier.

An erster Stelle steht die Suche eines Raums für mehr als 200 Gäste. Derartige Raumangebote gibt es in Arnstadt nur vereinzelt. Sollten Nachfragen bei privaten Anbietern wie z.B. der Stadtbrauerei erfolglos sein, müssen



ten Räume im Landratsamt oder dem Rathaus genutzt werden. Auch hier wird die LINKE die erforderlichen Absprachen treffen.

DIE LINKE wird auch den Antrag der Tafel auf finanzielle Hilfe aus dem städtischen Haushalt unterstützen. Für soziale Projekte stellt die Stadt jährlich mehr als 10.000 Euro zur Verfügung. Und in diesem Jahr sind diese Mittel noch nicht ausgeschöpft.

Schließlich wird Frank Kuschel gezielt Unternehmen und Institutionen ansprechen und um Sachspenden bitten. Gebraucht werden Kinderspielzeug, Kinderkleidung und natürlich weihnachtsspezifische Süßigkeiten. Wer unterstützen will, sollte sein Angebot an die Mail kuschel@die-linke-thl.de schicken.

Zur geplanten Kinderweihnachtsfeier wird der Weihnachtsmann jedem Kind ein Weihnachtspäckchen überreichen können. Der Besuch des Weihnachtsmannes ist insbesondere für Kinder aus Flüchtlingsfamilien etwas ganz Besonderes, auch weil es Weihnachten in dieser Form in ihren Heimatländern nicht gibt. ■